

Leichte Abnahme

Südtirols Exporte gingen das zweite Quartal in Folge zurück. Das **AFI** sieht sich in seiner Prognose bestätigt. Der **Unternehmerverband** zeigt mit dem Finger auf die Politik.

Wie das Landesinstitut für Statistik (ASTAT) gestern mitteilte, wurden im dritten Quartal des laufenden Jahres Waren im Wert von 1.145 Millionen Euro aus Südtirol ausgeführt. Dies entspricht einer Abnahme um 0,7 Prozent gegenüber demselben Quartal des Vorjahres.

Die Ausfuhren in die EU-Staaten sanken um 0,7 Prozent, jene in die Nicht-EU-Staaten um 0,9 Prozent. Die Ausfuhren der Fahrzeuge verzeichnen ein Plus von 11,0 Prozent, während jene der Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei um 39,6 Prozent sanken. Die wichtigsten europäischen Zielländer sind Deutschland (33,4 Prozent), Österreich (10,3) und die Schweiz (6,1). Außerhalb Europas entfällt der größte Teil der Exporte auf Asien und Amerika (9,7 bzw. 5,6 Prozent). Etwa zwei Drittel der Ausfuhren nach Amerika werden in die USA exportiert. Insgesamt entfallen 3,7 Prozent aller Exporte



Industrie: Exporthoch eingebremst

auf die USA, die somit an fünfter Stelle der wichtigsten Ausfuhrmärkte stehen. Südtirols Exporte gingen jetzt das zweite Quartal in Folge zurück, nachdem es zuvor jahrelang kontinuierlich nach oben ging. Das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) sieht sich deshalb in seiner Prognose bestätigt, wonach die heimische Wirtschaftsdynamik im Gleichschritt mit der europäischen Konjunktur an Schwung verlieren dürfte. „Im kommenden Jahr wird sich in Südtirol die internationale Ab-



Stefan Perini



Federico Giudiceandrea

schwächung über die Auslandsmärkte stärker bemerkbar machen“, sagte **AFI-Direktor Stefan Perini** vor einem Monat, als das AFI die BIP-Wachstumsprognose für 2019 auf 1,4 Prozent (heuer 2,0 Prozent) festlegte. Die neuen Export-Zahlen seien nun ein weiteres Zeichen für die Einbremsung des Südtiroler Wirtschaftswachstums. Der Unternehmerverband nimmt nach dem zweiten Export-Rückgang in Folge die Politik in die Pflicht. Der Erfolg auf neuen

Märkten hänge zwar von vielen Faktoren ab – wie die Qualität der Produkte –, besonderes Verbesserungspotenzial gebe es aber bei den Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes. Und zwar auf nationaler und lokaler Ebene. „Wir wollen wieder wachsen. Aber dafür ist es notwendig, die Unternehmen wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Investitionen sollen unterstützt und nicht eingebremst werden“, sagt Präsident Federico Giudiceandrea, der sich besorgt über nationale Maßnahmen wie das Würde-Dekret, den Haushaltsentwurf, die Schwächung der Digitalisierungs-Beihilfen und den Stopp von Infrastrukturprojekten zeigt. Grundsätzlich seien zudem die Steuern und Energiekosten zu hoch. Auch die Landesregierung müsse weiterhin die Entwicklung der Unternehmen unterstützen, „um damit wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt zu garantieren“, so Giudiceandrea. (hsc)

